

11.03

**Bundesrat Gerhard Dörfler** (FPÖ, Kärnten): Geschätzter Herr Bundesminister! Hohes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst vor zwei Tagen konnten wir lesen: „Naturkatastrophen kosten 63 Milliarden Euro“. Die Münchener Rück hat die Umweltauswirkungen und Katastrophenschäden im ersten Halbjahr ermittelt. Den größten Schaden hat ein Erdbeben auf einer südjapanischen Insel verursacht. Allein dieses Erdbeben hat bei Zulieferern von Autoherstellern und Handyherzeugern einen wirtschaftlichen Schaden von 22,5 Milliarden € verursacht.

Die meisten Einzelschäden sind durch El Niño entstanden; durch die Erwärmung des Südpazifik sind laut dieser Studie in den USA und Europa im ersten Halbjahr Gesamtschäden von 18 Milliarden € entstanden, in Texas und in den angrenzenden Staaten 11,1 Milliarden €. Der Gesamtschaden durch Unwetter in Europa im Mai und Juni beträgt 5,4 Milliarden €. Das sind Dimensionen, die eigentlich unfassbar sind, wenn man allein in einem Halbjahr die Auswirkungen der Klima- und Naturkatastrophen misst.

Weltweit sind damit im ersten Halbjahr 2015 Schäden von 63 Milliarden € entstanden, im Vorjahr waren es 53 Milliarden €. Es gab allerdings im langjährigen Durchschnitt Schäden von 83 Milliarden € pro Halbjahr. Die Zahl der Todesopfer ist laut dieser Studie von 21 000 auf 3 800 in diesem Halbjahr gesunken.

Eine interessante Publikation, die Sie alle erhalten haben, Pars pro Toto – ein Teil für das Ganze, heißt das sinngemäß auf Deutsch übersetzt –, behandelt auch ganz interessante Umweltthemen – die Hitliste der Umweltchemikalien zum Beispiel, und da sind wir relativ schnell bei der Auswirkung, was zum Beispiel im Bereich der Lebensmittelproduktion möglich ist: dass allein die Sicherstellung der Haltbarkeit der Lebensmittel mit Chemie ein Riesenproblem ist und Auswirkungen auf den Menschen hat. Wir alle sind täglich davon betroffen, können das aber in Wirklichkeit nicht messen.

Österreichische Studien sollen auch eine Grundlage dafür schaffen, was in Zukunft hinsichtlich Geschäftemacherei mit Lebensmitteln strikt verboten sein sollte. Wir vergiften uns ja in Wirklichkeit täglich. Meiner Meinung nach sind Klimaschutz, Umweltschutz, Naturschutz, Menschenschutz und Tierschutz ein solch komplexer Bereich, dass wir all diese Themen, diese interessanten Publikationen entsprechend ernst nehmen sollten.

Es gibt in dieser Publikation zum Beispiel auch einen Abschnitt zum Thema: Reich werden mit Umweltpolitik. Da wird festgehalten, dass in Wirklichkeit heutiger

Kapitaleinsatz für die Umwelt Verbesserungen für morgen bringen soll. Die Frage wird allerdings sein, ob im globalen Wirtschaftswettbewerb Cash stärker ist als Klima und Umwelt. Schauen wir uns die Entwicklung allein der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion an! – ich habe versucht, da einmal ein Bild zu zeichnen.

Schauen wir uns doch die Agrarindustrie an; nicht die österreichische und nicht die Landwirtschaft im zentraleuropäischen Alpenraum – Schweiz, Österreich, Oberitalien, Bayern –, das ist **noch** eine vorbildliche Landwirtschaft. Schauen wir uns die große Industrie weltweit an, die unseren Bauern täglich das Leben schwer macht und letztendlich dafür verantwortlich ist, dass die Welt täglich großflächiger Belastung ausgesetzt ist: Düngung, Chemie, sogenannter Pflanzenschutz, Bodenerosion, Abholzung, Rodung für Soja und Palmöl. Es ist ja spannend, wenn wir dann Soja nach Europa importieren, um es an unsere Tieren zu verfüttern, an unsere Kühe, damit sie Hochleistungskühe werden und letztendlich den Bauernstand im Alpenraum damit konkurrenzieren und ihm die Lebensgrundlage entziehen. Damit tauchen **sogenannte** Lebensmittel in den Handelsketten auf, die zuerst eine Abholzung des Urwalds verursachen und dann die Verkehrsbelastung, die durch diese transatlantischen Ernährungsprozesse entsteht.

Da muss man den Menschen auch die Wahrheit sagen: Du kannst bei dir selbst anfangen! Schau, was am Packerl draufsteht, und schau, woher es kommt! – **Das** wird die Aufgabe sein!

Der Klimavertrag von Paris ist eine schöne Absichtserklärung. Ich darf festhalten, dass es keine Sanktionen gibt. Das kommt mir so vor, wie wenn mich ein Polizist aufhält und mir erklärt, dass ich gerade mit 120 km/h durch das Ortsgebiet gefahren bin, und sich dafür vielleicht auch noch bedankt. Es gibt keine Sanktionen. Ein Vertrag ohne Sanktionen ist ein schönes Papier, und daran wird es zu messen sein.

Wir Österreicher, Herr Umweltminister, bemühen uns alle. Ich glaube, das ist eine Querschnittsmaterie, bei der man sagen kann, dass es jedenfalls klar ist, dass bei den Österreichern ein sehr hohes Bewusstsein für Umwelt, Naturschutz und gesunde Lebensweise vorhanden ist und dass die Politik grundsätzlich versucht, da, so gut es geht, vorbildlich zu sein.

Schauen wir uns noch TTIP und CETA an, das soll ja das Ganze verstärken. Transatlantische Lebensmittelverkehre mit Lebensmitteln, die man nicht als solche bezeichnen kann, sind für mich eigentlich überhaupt keine Option. Man müsste sich eher einmal darüber Gedanken machen, dass es Verträge gibt, dass diese gar nicht mehr nach Europa kommen, schon gar nicht nach Österreich. Das wäre in Wirklichkeit

eine Politik für die Zukunft, eine Zukunftsumwelt-, -klimaschutz- und -gesundheitspolitik.

Schauen wir uns die Nahrungsmittelmultis an: Ich habe schon gesagt, dass Konservierungsstoffe in dieser Publikation ein Riesenthema sind. Man weiß heute, dass bereits in Babynahrung Geschmacksstoffe enthalten sind, dass Kinder quasi süchtig gemacht werden – ich muss wirklich so sagen: süchtig gemacht werden –; sie nehmen sozusagen von Geschmacksstoffen beeinflusste Babynahrung zu sich und keine gesunden Lebensmittel. Man muss heute in Kindergärten und Schulen versuchen, den Kindern wieder beizubringen, dass Salat etwas Gesundes ist, dass er nicht nur grün ist. Das ist eine Entwicklung, die schärfstens abzulehnen ist. Jede Mutter muss wissen, dass sie ihr Kind, wenn sie ihm quasi täglich Babynahrung verabreicht, sozusagen einer Art Suchtverhalten ausliefert.

Weitere Themen sind Zuckerersatz, Transportkosten und seine Folgen und so weiter. Das heißt, es gibt da auf der einen Seite klare Absichtserklärungen, und auf der anderen Seite machen wir täglich genau das Gegenteil davon, Herr Bundesminister. Das Thema TTIP wird ja jetzt hier im Hause, im Parlament, von den meisten politischen Akteuren – nicht von allen, würde ich einmal sagen – mit großer Vorsicht behandelt. Das ist ein Vertrag, der so nicht verhandelbar ist. Da braucht man nicht einerseits zu jubeln, dass man Klimaschutz in Paris zustande bringt, wenn man auf der anderen Seite mit TTIP genau das Gegenteil von dem macht. Wir beschleunigen ja die Probleme täglich noch, anstatt sie zu lösen.

Von der Meeresverschmutzung will ich gar nicht reden, von der Überfischung will ich gar nicht reden, von den Plastikabfällen will ich gar nicht reden, vom Industriemüll weltweit will ich gar nicht reden.

Solange der Wettbewerb mit den Mitteln und Muskeln des Kapitals auf dem Rücken der Umwelt ausgetragen wird, schaue ich mir an, wie China diesen Vertrag erfüllen wird, wie die Amerikaner diesen Vertrag erfüllen werden und auch Indien. Ich war zwei Wochen in Indien, ich weiß, was es heißt, zwei Tage davon in Delhi zu verbringen: Das ist eine Lebensumgebung, die für uns eigentlich nicht auszuhalten ist. Das heißt, wenn allein Delhi, einer der größten Emittenten, sich den Umweltstandards von Wien annähern würde, dann hätten wir wahrscheinlich schon eines der größten Problemfelder angegangen; diese Massenstädte sind letztendlich ein riesengroßes Problem.

Schauen wir uns die nächste Umgebung an! Stichwort: Atomkraft. – Die EU-Kommission redet von der weiteren Nutzung der Atomkraft, während Österreich

dagegen ist. Wir Österreicher haben eine leidvolle Erfahrung damit gemacht: zuerst wurde ein Atomkraftwerk gebaut und dann nach einer Volksabstimmung nicht aufgesperrt; das ist einmalig in der Energiegeschichte des ganzen Globus. Faktum ist, Österreich hat sich – die Bevölkerung, nicht die Politik, das muss man fairerweise dazusagen – damals ganz klug gegen einen sonst durchaus großen Bruno Kreisky gestellt und in dieser Abstimmung Nein zur Atomkraft gesagt. Gleichzeitig gibt es in der Nachbarschaft, 70 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt, nach wie vor das Kraftwerk Krško. Das Kraftwerk Krško, auf einer Erdbebenlinie gelegen, für 40 Jahre Betriebsdauer ausgelegt, hat jetzt eine Betriebsdauerverlängerung von 21 Jahren bis 2043 erhalten; 2021 hätte es geschlossen werden sollen.

Vor einigen Tagen hat ein chinesischer Diplomat gemeint, dass die Entscheidung des internationalen Schiedsgerichtshofes in Den Haag, in der es um den Streit um die Inselgruppen im Südchinesischen Meer geht – wörtliches Zitat –, „nur ein Stück Schmierpapier“ ist. – Da fragt man sich schon: Wird China dieses globale Klimaabkommen auch als solches bezeichnen?

Wir Österreicher sollten uns weiterhin auf die Straße der Umwelt begeben. Dazu, Herr Bundesminister, wird aber auch gehören, dass wir – in Österreich ganz gut, in Europa zu wenig und global überhaupt nicht – die Menschen mit auf die Reise nehmen. Was heißt das für die Mobilität? Wird es den individuellen Massenverkehr der heutigen Zeit in 20 Jahren noch geben? – Das müssen wir den Menschen dann sagen.

Wird es eine Industrieproduktion noch geben? Wenn Voest-General Eder sagt, dass er in den USA massiv investiert – erfreulicherweise spricht er jetzt aber auch davon, in Österreich, in der Steiermark doch wieder eine große Investition zu tätigen –, dann müssen wir uns auch die Frage stellen, ob einmal mehr das Kapital und die Gier der Industrie so groß sind, dass es dort, wo die Umwelt eine Rolle spielt, keine Industrie mehr gibt. Dass wir ohne Industrie keine Zukunft haben, muss aber wohl auch klar sein.

Wir sollten unsere Schuhe selbst produzieren, wir sollten nicht Straßenrandsteine aus China verbauen; auf österreichischen Straßen werden Straßenrandsteine aus China verbaut. Ich meine, wir müssen auch da unser Konsumverhalten ändern, und da hätte die öffentliche Hand eine gute Beispielswirkung. Bei Ausschreibungen in Österreich sind derartige Produkte auszuklammern. Man kann den Faktor Umwelt in einer Ausschreibung so bewerten, dass diese Produkte überhaupt ausgeschlossen werden. Denn: Steine aus China beim österreichischen und europäischen Straßenbau zu verwenden, ist, wenn man bedenkt, welche langen Transportwege man da hat, ein

Hohn für die heimische Industrie, für den heimischen Arbeitsmarkt und letztlich auch für den Umweltschutz.

Deshalb, Herr Bundesminister, sehen wir diese Absichtserklärung, dieses „Stück Schmierpapier“, wie es die Chinesen unter Umständen bezeichnen – ich nicht; ich zitiere einen chinesischen Diplomaten –, diese Absichtserklärung ohne jegliche Sanktionen kritisch. Ich darf schon festhalten, dass es bei den Verpflichtungen unter Art. 4 Abs. 2 – wörtliches Zitat – heißt: „Jede Vertragspartei erarbeitet, übermittelt und behält aufeinanderfolgende national festgelegte Beiträge bei, die sie zu erreichen beabsichtigt.“ – Wir beabsichtigen etwas, und wir können alles kündigen – und daher sehen wir das kritisch.

Wir können im guten Glauben davon ausgehen, dass Österreich weiter auf vernünftige Umweltpolitik setzt – da ist auch noch viel zu tun –, Europa sich dem anschließt und China, Amerika und Indien diesen Vertrag ernst nehmen. *(Beifall bei der FPÖ und bei Bundesräten der SPÖ.)*

11.13

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Mag. Schreyer. – Bitte.